

An den
Grossen Stadtrat
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 15. November 2005

**Kleine Anfrage Christoph Lenz
betreffend politischen Extremismus in Schaffhausen (Nr. 20/2005)**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 15. August 2005 reichte Grossstadtrat Christoph Lenz unter Hinweis auf verschiedene Vorkommnisse in Schaffhausen in den vergangenen zwölf Monaten eine Kleine Anfrage mit Fragen zum Thema politischer Extremismus ein.

Der Stadtrat nimmt zu den Fragen in Absprache mit der Schaffhauser Polizei wie folgt Stellung:

Frage 1: Wie beurteilt der Stadtrat die Sicherheitslage in Schaffhausen bezüglich politischem Extremismus?

Die öffentliche Sicherheit ist in der Stadt Schaffhausen auf vergleichsweise auf hohem Niveau. Auch mit Einbezug des Feldes des politischen Extremismus' ändert sich an dieser Beurteilung nichts.

Im Bereich Extremismus ist schweizweit und auch in Schaffhausen - insbesondere seit dem letzten Jahr - eine zunehmende Verlagerung von Einzelaktionen zu kollektiven Aufmärschen sowie generell eine Zunahme der

Aktivitäten zu erkennen. Die modernen Kommunikationsmittel ermöglichen jederzeit eine rasche Mobilisierung von Demonstrationswilligen. Damit sind auch Leute weit ausserhalb unserer Region erreichbar. Schaffhausen ist mit diesem Problem aber keineswegs allein; es betrifft laufend auch andere mittelgrosse und selbst kleine Städte. Es scheint, dass sich die Protagonisten des politischen Extremismus beider Lager auf die Strategie der Dezentralisierung festgelegt haben, um beweglicher zu sein um damit nicht zuletzt die Planung und Führung polizeilicher Gegenmassnahmen zu erschweren.

Die Zuständigkeit für Analyse und Prävention im Bereich "Politischer Extremismus" liegt im Wesentlichen beim Bund. Weder erstellen die Kantone in eigener Regie irgendwelche Datensammlungen, noch nehmen sie selbstständig systematische Auswertungen vor. Die Schaffhauser Polizei wird ausschliesslich auf Anordnung des Bundesamtes für Polizei tätig, welches der Polizei Aufträge erteilt und sie anweist, wie diese zu bearbeiten sind.

Der Stadtrat und die Schaffhauser Polizei sind willens, jeder Form von politischem Extremismus – unabhängig davon, ob von rechts oder links – unter Ausnützung der gesetzlichen Möglichkeiten mit allen verfügbaren Mitteln entgegen zu treten.

Frage 2: Welches Gefahrenpotenzial geht von den rechts- und linksextremen Gruppen aus? Gegen wen oder was richtet sich die Gewalt?

Zunächst ist zu bemerken, dass jede Form von Extremismus in irgend einer Weise Gewalt anwendet, wenngleich diese nicht immer physischer Natur ist. Neben der physischen Gewalt gehören auch Verhaltensweisen wie Niederschreien, das Skandieren von Parolen, die sich am Rand der Legalität bewegen, provokative bzw. uniformähnliche Kleidung, provozierende kollektive Auftritte in Gruppen, die Verwendung gewaltbezogener Gestik und schliesslich die vielfältigen Möglichkeiten der grafischen Gewaltkultur im Internet und an Spielkonsolen zu den Formen der Gewalt.

Die verschiedenen Formen extremistisch motivierter Gewaltanwendung lassen sich wie folgt typisieren:

- Gewalt gegen Behörden und Beamte aus einem Kollektiv heraus: Beispielsweise wurden beim Auftritt von vorwiegend linksautonomer Gruppierungen am 1. Oktober 2004 und am 22. Januar 2005 in der Stadt Schaffhausen Polizeibeamte mit pyrotechnischer Munition im Direktschuss beschossen.
- Kollektive Auftritte, deren Illegalität sich für die Teilnehmenden – von den Organisatoren ganz bewusst so gesteuert – auf den "blossen" Tatbestand der Teilnahme an einer unbewilligten Kundgebung beschränkt, was der Polizei beim Mitteleinsatz mit Blick auf das Verhältnismässigkeitsprinzip die Hände weitgehend bindet. Beispiel ist der "Fackelmarsch" der rechtsgerichteten NAPO vom Frühjahr 2005 in der Stadt Schaffhausen.

- Denkbar ist auch die direkte, gezielt herbeigeführte Konfrontation zwischen rechts- und linksextremistischen Gruppierungen. Dies konnte in Schaffhausen von der Polizei bisher erfolgreich verhindert werden.
- Wahllose, nach dem Zufallsprinzip erfolgende Übergriffe auf Einzelpersonen, wie Tötlichkeiten mit Körperverletzungen bis hin zum brutalen Zusammenschlagen von Passantinnen oder Passanten aus nichtigem Anlass, die vorwiegend der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind.
- Beschädigung von fremdem Eigentum.
- Zum Teil auch Hooliganismus zwischen rivalisierenden Fangruppierungen rund um die Spiele der Super League.

Teilweise stehen extremistische gewalttätige Aktionen auch in Zusammenhang mit übermässigem Alkohol- oder sonstigem Suchtmittelkonsum.

Frage 3: Wie viele politisch motivierte Übergriffe auf Personen haben Stadtrat und Polizei in den vergangenen zwölf Monaten registriert?

Die Schaffhauser Polizei hatte sich in den letzten zwölf Monaten mit rund zehn Vorfällen zu befassen, die sich mehr oder weniger eindeutig in die Kategorie der politisch motivierten Übergriffe aus dem rechtsextremen Lager einreihen lassen. Nicht eingerechnet in diese Zahl sind Fälle, bei denen die Schaffhauser Polizei rechtshilfweise Ermittlungen gegen rechtsextreme Personen durchführte, welche unter dem Verdacht standen, in den Nachbarkantonen, vor allem im Zürcher Weinland, politisch motivierte Straftaten begangen zu haben.

Auf den gleichen Zeitraum entfallen drei Vorfälle, aus denen Strafanzeigen gegen Personen aus dem linksextremen bzw. linksautonomen Lager resultierten.

Zu beachten ist, dass Polizei und Strafverfolgungsbehörden längst nicht von allen politisch motivierten Straftaten überhaupt Kenntnis erhalten. Die Dunkelziffer ist möglicherweise relativ hoch.

Frage 4: Lässt der Vergleich mit früheren Jahren einen Trend feststellen?

Die rechtsextreme Szene in Schaffhausen hatte sich zu Beginn der Neunzigerjahre praktisch aufgelöst. In den Folgejahren blieb es dann ruhig um sie, bis sie im Kanton Schaffhausen ab Anfang 2004 innerhalb kurzer Zeit wieder erstarkte und sich – weitgehend mit neuen Köpfen – neu formierte, wohl im Sog des allgemeinen Auftriebs, den nationalistische Gruppierungen in der Schweiz wie auch im grenznahen Ausland, vor allem in Deutschland, erhielten. So wurde die Stadt Schaffhausen im Verlauf des Jahres 2004 immer wieder zum Treffpunkt von im Kanton Schaffhausen wohnhaften Anhängern

der rechtsextremen Szene, wobei diese Zusammenkünfte meistens auch von ausserkantonalen, vereinzelt auch von ausländischen Sympathisanten besucht wurden. Der Fackelmarsch der NAPO vom 12. März 2005 bildete bisher den traurigen Höhepunkt rechtsextremer Aktivitäten in Schaffhausen.

Was die primär auswärtige linksextreme Szene betrifft, so kann festgestellt werden, dass sie sich bis vor kurzem für Schaffhausen kaum interessierte. In den Jahren 2004 und 2005 hat sie sich dann die Stadt Schaffhausen als Schauplatz unbewilligter Kundgebungen und teilweise heftiger Auseinandersetzungen mit der Polizei ausgesucht. Besonders typisch waren die unbewilligten Demonstrationen vom 1. Oktober 2004 und vom 22. Januar 2005.

Frage 5: Von welcher Seite gehen etwaige Gewalttaten und Übergriffe aus?

Die Bilanz dürfte ausgeglichen sein. Beide Lager, das rechts- wie das links-extreme, neigen zur Gewaltanwendung. Gewalt ist das logische Produkt ihrer Geisteshaltung, wonach der Zweck die Mittel heiligt.

Frage 6: Welche Kenntnis hat der Stadtrat über die ideologische Ausrichtung und Durchdringung der rechts- und linksextremen Lager? Welche Strukturen weisen die Gruppierungen auf?

Rechtsextreme Gruppierungen orientieren sich bekanntlich an der Nazi-Ideologie der Dreissiger- und Vierzigerjahre des letzten Jahrhunderts in Deutschland. Weniger eindeutig ist die ideologische Ausrichtung der linksextremen Gruppierungen. Ein eigentliches politisches Programm ist hier schwer auszumachen, da die Gruppen sehr heterogen sind. Teilweise entsteht der Eindruck, dass sich der gemeinsame Nenner auf die Ablehnung der geltenden Ordnung und das Suchen der Auseinandersetzung mit der Polizei beschränkt, im Übrigen aber gemeinsame Zielvorstellungen fehlen.

Die im Kanton Schaffhausen wohnhaften Exponenten der rechtsextremen Szene pflegen regionale und überregionale Beziehungen zu Gleichgesinnten. Diese Verbindungen sind jedoch eher lose; zumindest lassen sich bis heute keine festen Organisationsstrukturen erkennen.

Eine eigentliche linksextreme Szene existiert in Schaffhausen nicht. Hingegen dürfte es etliche hier wohnhafte Sympathisanten geben, die sich mit der überaus militanten Autonomenszene in Winterthur solidarisieren, welcher denn auch die Hauptakteure der linksextremen Manifestationen der Jahre 2004 und 2005 in Schaffhausen zuzuordnen sind.

Frage 7: Wäre der Stadtrat bereit, eine Anlauf- und Beratungsstelle für ausstiegswillige Szenenangehörige zu schaffen? Wäre diese eventuell in eine bereits bestehende Beratungsstelle zu integrieren?

In Schaffhausen besteht heute ein breites und qualitativ gutes Beratungsangebot.

Für ausstiegswillige Jugendliche oder Junge Erwachsene steht die Jugendberatungsstelle des Trägervereins Jugendarbeit Schaffhausen (TJS) zur Verfügung, die ein niederschwelliges Beratungs-, Therapie- und Unterstützungsangebot anbietet. Das Angebot wird von Stadt und Kanton im Rahmen der Leistungsvereinbarung mit dem TJS unterstützt. Die Jugendberatungsstelle arbeitet auch mit der Suchtprävention und Drogenberatung des Vereins für Jugendproblem und Suchtmittelfragen (VJPS) zusammen, die insbesondere dann zum Zuge kommt, wenn die Gewaltbereitschaft mit einer Suchtmittelproblematik in Zusammenhang steht. Die Suchtpräventionstelle des VJPS beschäftigt sich im Rahmen ihres Leistungsvertrages generell mit der Gewaltproblematik. So engagiert sie sich im Bereich Gewaltprävention an Schulen. Sie führte 2003 die „Impulstage für Respekt und Toleranz“ durch und war 2004 an der Organisation der „1. Schaffhauser Aktionstage gegen Rassismus“ beteiligt.

Die Angebote des RAV, der Stiftung Impuls und des Sprungbrettes tragen dazu bei, von der Arbeitslosigkeit betroffenen jungen Leuten eine Tagesstruktur und eine sinnvolle Beschäftigung zu bieten, was sich erwiesenermassen positiv in Bezug auf eine damit geringer werdende Anfälligkeit auf extremistisches Gedankengut auswirkt.

Für erwachsene Personen stehen als Anlaufstelle die Sozialen Dienste der Stadt Schaffhausen zur Verfügung. Diese können einerseits beratend wirken, andererseits bei Personen ohne geregelte Arbeitssituation auch geeignete Tagesstrukturen vermitteln.

Mit diesem Angebot kann der Bedarf an Beratungs- und auch Betreuungsdienstleistungen nach Auffassung des Stadtrates gut abgedeckt werden. Die Schaffung einer neuen Beratungsstelle wäre in dieser Situation nicht sinnvoll und würde nur zu unerwünschten Doppelspurigkeiten führen.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES STADTRATES



Marcel Wenger
Stadtpräsident



Christian Schneider
Stadtschreiber